Die Genossen aus Ottawa, Kanada, schreiben ebenfalls einen schönen Brief, in dem es zum Schluß heißt:
„In jedem Falle möchte ich diese Gelegenheit benutzen, der SPD anläßlich ihres Parteitages die wärmsten Grüße der CCF zu übermitteln. Wie alle Sozialisten wünschen auch die Sozialisten Kanadas Ihnen in Ihrem Kampf für ein demokratisches Deutschland und ein freies, blühendes Europa alles Gute."
Die Genossen aus Uruguay senden uns ein Schreiben, in dem es heißt:
"Wir haben Ihren Brief vom 14. April 1950 erhalten und bedauern sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir im Augenblick nicht die Mittel aufbringen können, die eine Delegation zu Ihrem Parteitag kosten würde.

Wenn wir auch leider nicht persönlich dort anwesend sein können, so gestatten Sie mir aber nichtsdestoweniger Ihnen die Versicherung zu geben, daß wir keinen Augenblick vergessen werden, daß wir Genossen sind, die zusammen für eine freie und sozialistische Welt kämpfen. Ich bitte den Genossen des Parteitages unsere brüderlichen Grüße zu übermitteln."
Dann ist ein Schreiben der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas eingegangen, die uns auch alles Gute wünschen. Sie schreiben am Schluß:
„Wir sind Eurer Partei auch dankbar für das Verständnis für unsere Bestrebungen im Exil und für die Hilfe, welche sie unserer Sache erwiesen hat. Die sozialdemokratischen Parteien, welche in unserer Union vertreten sind, wollen ihre Pflicht gegenüber dem arbeitenden Volk unserer Länder sowie gegenüber dem internationalen Sozialismus erfüllen."
Dann hat die Sozialistische Partei Belgiens uns ein Schreiben geschickt:
"Angesichts der politischen Situation unseres Landes ist es uns nicht möglich, Ihrem Parteitag beizuwohnen. Wir wünschen Ihrem Parteitag den besten Erfolg und bitten Sie, liẹe Genossen, unsere brüderlichen Grüße entgegennehmen zu wollen."
Das sind die Telegramme und Begrüßungsschreiben. Wir werden von hier aus den Genossen für ihre freundliche Anteilnahme und ihre guten Grüße und Wünsche herzlich danken.

Damit wäre die Begrüßungsangelegenheit-erledigt, und wir kommen zum weiteren Punkt der Tagesordnung. Zuvor noch eine Bekanntmachung: Wer etwa Lust hat, hier ins Theater zu gehen, muß bis mittags 12 Uhr im Parteitagsbüro davon Mitteilung machen, später werden Karten nicht mehr reserviert werden können.

Vorsitzender Meitmann: Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2. Das Präsidium ist sich einig geworden, dem Parteitag vorzuschlagen, daß wir auch den Punkt 3 gleich mit den Organisationsberichten verbinden und gemeinsam mit diesen Berichten diskutieren. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann werden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einem abgewickelt. Ich erteile jetzt das Wort als erstem Berichterstatter dem Genossen Egon Franke.

Egon Franke (Parteivorstand): Genossinnen und Genossen! Seit dem Parteitag im September 1948 in Düsseldorf hatte die Partei eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, hatte die Partei eine Fülle von Problemen zu lösen, die teils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, teils durch die Neuordnung Westdeutschlands zur Bundesrepublik der Partei zugetragen wurden. Die vorausgehende Währungsreform wirkte sich nicht nur finanziell ungünstig aus, sondern brachte eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, die sich äußerst lähmend auch auf das organisatorische Getriebe der Partei auswirkten. Wir wissen alle aus der eigenen Erfahrung beim Parteivorstand und in den Bezirken, daß viele Pläne und Hoffnungen mit der Währungsreform zunichte gingen, nicht durchgeführt werden konnten, und manches, was in langjährigen Arbeiten vorbereitet werden konnte, sich durch den Mangel an dem notwendigen Geld zerschlug.

Ich möchte zur Erläuterung des Jahrbuches, in dem über die organisatorische Situation im einzelnen berichtet wird, noch einige Illustrationen, noch einige Hinweise geben, um wesentliche Punkte herauszustellen.

Vor 1933 hatten wir in dem gleichen Gebiet, in dem wir heute als Sozialdemokratische Partei die Organisation aufgebaut haben, 5003 Ortsvereine. Heute haben wir in dem gleichen Gebiet 9123 Ortsvereine, also ein mehr von 4120 Ortsvereinen. An Mitgliedern wurden in diesen Ortsvereinen vor 1933610212 Mitglieder erfaßt, heute 736218 , also ebenfalls ein Mehr von 126006 Mitgliedern. Diese Zahlen sind sicherlich sehr aufschlußreich und geben ein Bild wieder, das das Ergebnis mühevoller, langjähriger Kleinarbeit zahlreicher. Funktionäre und Mitglieder darstellt. Es ist das Ergebnis der fleißigen Arbeit all derjenigen, die innerhalb der Partei mitarbeiten und zu ihrem Teil den Beitrag zur Verwirklichung unseres Wollens leisten.

Es muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, diese Zahl, die ich eben bekanntgegeben habe, nicht nur zu halten, sondern auch zu versuchen, im kommenden Herbst in einer großen Werbungsaktion, die seit einiger Zeit in gemeinsamen Besprechungen zwischen den Bezirkssekretären und dem Parteivorstand vorbereitet wird, wesentlich zu vergrößern. Unser Ziel muß sein, eine so gròße Zahl von Mitgliedern im westdeutschen Gebiet zu erfassen, wie sie in keiner Zeit vor 1933 in der Sozialdemokratischen Partei vereinigt waren. Wir haben allerdings noch sehr viel zu tun in unseren eigenen Reihen, um unsere Vorstellungen entsprechend zu gestalten, um dort, wo sich Möglichkeiten bieten, unsere Theorien in die Praxis umzusetzen, auch wirklich damit nicht zu zögern.

Die Bundestagswahl vom 14. August gab uns zum ersten Male nach $1933 \mathrm{Ge}-$ legenheit, unsere politischen Ziele herauszustellen und zur Wahl zu stellen, und für die Verwirklichung zu kämpfen. Das Ergebnis des langwierigen Kampfes, der uns wirklich nicht leicht gemacht wurde, denn alle anderen Parteien standen gegen uns, brachte uns sieben Millionen Stimmen, die verlangten und wünschten, daß entsprechend den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland die Politik gestaltet werden solle.

In dem vorliegenden Jahrbuch sind Tabellen enthalten, die Einzelheiten über die politische Struktur der Bezirke wiedergeben, die auch die Einzelheiten über die Mitgliederbewegung und die Ortsvereinsentwicklung aufzeigen. Es wird möglich sein, an Hand der Tabellen Vergleiche anzustellen, inwieweit die Arbeit erfolgreich oder nicht erfolgreich war. Zur Vervollständigung des organisatorischen Bildes möchte ich daraúf hinweisen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands z. Z. in 21 Bezirke untergliedert ist. Wir haben beim vorigen Parteitag in Düsseldorf noch über 23 Bezirke verfügt. Diese 23 Bezirke konnten wir nicht mehr aufrecht erhalten. Wir haben während der Berichtszeit zwei nicht lebensstarke Bezirke größéren, stärkeren Bezirken angliedern müssen, um in allen Gebieten Deutschlands unseren Vorstellungen entsprechend wirken zu können. Der frühere Bezirk Unterfranken/Würzburg wurde mit dem Bezirk Ober- und Mittelfranken/Nürnberg zu einem gemeinsamen Bezirk Franken zusammengelegt. Weiter wurde der Bezirk Schwaben/ Augsburg mit dem Bezirk Oberbayern/München zu einem großen gemeinsamen Bezirk Südbayern vereinigt. Dadurch ergibt sich nun die Zahl von nur 21 Bezirken. Aber auch diese Zahl wird sich in absehbarer Zeit noch verringern. Wir müssen weitere Zwergbezirke, die nicht lebensfähig sind, zu einem großen Bezirk zusammenlegen. Es handelt sich um die Bezirksorganisation im südwestdeutschen Raum, in dem Gebiet, in dem die Abstimmung über den zu schaffenden Südweststaat bevorsteht.

Wir haben in der Zusammenarbeit mit unseren internationalen Bruderorganisationen in der COMISCO reichliche Arbeit geleistet, Aussprachen durchgeführt und zur Klärung der Auffassungen beigetragen, um die entstehenden Probleme nach allen Seiten beleuchten zu können. Der COMISCO sind z. Z. 24 sozialistische Parteien angeschlossen, und wir haben Gelegenheit, mit unseren Freunden im Ausland alle Probleme zu erörtern, die uns bewegen, aber auch die Probleme, die jenseits der Grenzen von Interesse sind.

Die Zusammenarbeit wurde weiter entwickelt, und die Zusammenarbeit gestaltete sich immer freundschaftlicher. Und ich glaube, die große Zahl der inter-
nationalen Gäste, die unserer Einladung gefolgt ist, um dem diesjährigen Parteitag hier in Hamburg beizuwohnen, ist ein Beweis für die solidarische Verbundenheit, die uns als Sozialisten über Ländergrenzen hinweg verbindet. Innerhalb der Partei hatten wir versucht, mit den anstehenden Fragen und Problemen fertig zu werden, durch die Berufung und Einsetzung von Fachausschüssen, in denen wir Genossinnen und Genossen zusammengerufen haben, die mit den Problemen, mit den Fragen speziell vertraut waren, die durch ihre Vorarbeit in den politischen Gremien, die die Entscheidungen zu fällen haben, heute mit wichtigen Anhaltspunkten uns an die Hand gehen konnten. Neben den zahlreichen Sachgebieten - ich kann sie nicht im einzelnen erwähnen, denn wir haben uns vorgenommen, mit unnötigen Berichten nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen - neben den zahlreichen Arbeitsausschüssen wurde besonders die Entwicklung der Betriebsgruppenarbeit vorangetrieben, die Betriebsgruppenarbeit als ein wesentlicher Bestandteil unserer Parteiarbeit. Wir müssen in den Betrieben unsere Positionen nicht nur festigen und erhalten, sondern weiter stärker ausbauen, als das bisher der Fall war. Wir müssen in den Betrieben wieder die entscheidenden Positionen nicht nur in einzelnen Gebieten, sondern überall besetzen. Neben der Betriebsgruppenarbeit gab es eine besondere Form der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsvertretern, mit unseren Genossen, die hauptamtlich bei den Gewerkschaften tätig sind, Durch die Entwicklung der sozialen Arbeitsgemeinschaften haben wir eine Form gefunden, um mit unseren Genossen gemeinsam Fragen und Probleme erörtern zu können. Es soll der Zweck dieser sozialen Arbeitsgemeinschaften sein, eine Annäherung der Auffassungen zu erbringen, und ein gemeinsames Vorgehen in all den Fragen zu erreichen, die durch gemeinsame Arbeit besser durchgesetzt werden können. Zur Intensivierung der Parteiarbeit im allgemeinen, besonders aber zur Auswertung der gesammelten Erfahrungen in den zurückliegenden Jahren, faßten Parteivorstand und Parteiausschuß im November in Herne die Beschlüsse, die in der Partei als „Erste Arbeitsaufgaben für $1950^{"}$ bekanntgeworden sind. Diese Beschlüsse, die in Herne herbeigeführt wurden, haben ein sehr lebhaftes Echo hervorgerufen, teils zustimmender, teils ablehnender Art. Teils wurden Kompetenzfragen angeschnitten, teils versuchte man, die dortigen Entscheidungen als Bagatellen abzuweisen. Aber wir haben doch feststellen können auf Grund der zahlreichen Berichte, die uns aus den Bezirken zugeleitet wurden, daß durch diese Beschlüsse an sich selbstverständliche und alte Gepflogenheiten der Partei wieder in Erinnerung gerufen worden sind, die durch das Getriebe, durch die tägliche Hast in vielen Fällen in Vergessenheit geraten waren. Und es war besonders wichtig, den Einbau unserer jüngeren Genossinnen und Genossen in die praktische Parteiarbeit zu erreichen. Uns liegen zur Zeit Berichte vor, die zum Ausdruck bringen, daß in den Ortsvereinen und Unterbezirken die Vorstände nicht nur ergänzt werden durch junge Genossinnen und Genossen, sondern daß diese Vorstände ordnungsgemäß gewählt wurden und nicht eine Zuwahl, sondern eine ordentliche Wahl jüngerer Mitglieder der Partei erfolgt.

Es war die Absicht, mit diesen Herner Beschlüssen eine Basis zu schaffen und eine Angleichung der unterschiedlichen Bestimmungen und Ansichten in allen möglichen Teilen Deutschlands herbeizuführen. Wir wissen, daß der Aufbau der Partei wegen der Bestimmungen der Besatzungsmächte in den einzelnen Besatzungszonen sehr unterschiedlich vorgenommen wurde. Wir haben auch da noch ein beträchtliches Stück Arbeit zu leisten, um widersprechende Vorschriften auszumerzen. Denn letzten Endes ist es doch so, daß wir zusammen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisiert sind, und daß nur gleiche Grundsätze über das Erwerben der Mitgliedschaft bestehen können, und daß wir nie sagen können, in Baden oder in Schleswig-Holstein weichen diese Bestimmungen voneinander ab.

Es sind letztlich organisatorische Untergliederungen, die erforderlich'sind, um die politische Arbeit, um die organisatorische und Werbearbeit in allen Teilen unseres Organisationsgebietes wesentlich vorantreiben zu können.

Die Herner Beschlüsse haben neben dem Einbau der jungen Genossinnen und Genossen auch einen besonderen Punkt zur Straffung der Organisation vorgesehen.

Wir haben im Verlauf der weiteren Arbeiten und weiteren Bearbeitung der durch den vergangenen Parteitag in Düsseldorf dem Organisations-Ausschuß des Parteivorstandes überwiesenen Anträge einen Entwurf eines neuen Partei-Statuts erarbeitet, der sowohl im Parteivorstand als im Parteiausschuß Zustimmung fand und als Vorlage dem Parteitag hier zur Annahme unterbreitet ist. In dieser Vorlage sind die Beratungen des Organisations-Ausschusses wesentlich berücksichtigt. Zuschriften der Bezirkssekretäre, die ja tagtäglich mit den organisatorischen Schwierigkeiten fertig werden müssen, fanden weitestgehend Berücksichtigung

Darüber hinaus war eine ganze Anzahl redaktioneller Anderungen notwendig, um eine Angleichung und wirklich ein Statut zu schaffen, das sich insgesamt ergänzt und nicht durch widersprechende Formulierungen etwa sich selbst außer Kraft setzt.

Besonders in Erscheinung getreten sind diese Widersprüche in dem Punkt, der die Ausschlußfrage behandelt. Und all die bedauernswerten Genossinnen und Genossen, die in den zurückliegenden Jahren Ausschlußverfahren durchzuführen hatten, werden sich daran erinnern, wieviel kostbare Zeit verloren ging, nur weil Formulierungen, Paragraphen und Bestimmungen noch enthalten waren, die in früheren Jahrzehnten zweckmäßig gewesen sein mögen, die aber in der heutigen Zeit und bei dem jetzigen Aufbau der Partei, bei der jetzigen Gliederung und bei dem Versuch einer Neuordnung fehl am Platze sind.

Wir empfehlen als Parteivorstand und Parteiausschuß die Annahme dieses Partei-Statuts, um die Voraussetzung zu schaffen, weitere Arbeiten und weitere gerneinsame Aktionen zum Wohle der gesamten Partei durchführen zu können. Mit der Annahme des Statuts würde sich zwangsläufig der Antrag Nr. 4 - ich habe gleichzeitig hier in meinem Bericht die zu diesem Punkt der Tagesordnung anstehenden Anträge zu behandeln -, des Unterbezirks Bergstraße-Erbach erübrigen, da in dem Statut eine entsprechende Formulierung berücksichtigt wurde. Es hieß bisher: In Ländern mit mehreren Bezirken können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten. Aus dem Können wurde ein Müssen. Und es ist eigentlich, oder es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß sich zur Erledigung landespolitischer Fragen alle Teile der Organisation in gemeinsamen Beratungen zusammensetzen, um zu Ergebnissen zu kommen.

Darüber hinaus enthält das neue Statut eine Formulierung, die zum Ausdruck bringt, daB zur Erfüllung solcher Aufgaben und besonderen Dinge in gemeinsamer Arbeit Parteivorstand und Parteiausschuß Richtlinien erlassen sollen, um auch da die Grundsätze in allen Ländern gleichmäßig zu unterstreichen und zu betonen.

Der Antrag 5 des Stadtkreises Remscheid wird nicht zur Annahme, sondern zur Ablehnung empfohlen. Der Antrag besagt, daß die Zusammensetzung des Parteitages nach anderen Gesichtspunkten als es bisher üblich war, eriolgen soll. In Zukunft solle eine regionale Vertretung erfolgen, es sollen die Kreise delegieren, es sollen dabei nicht mehr ausschlaggebend die Mitgliederzahlen zugrunde gelegt werden, - wir meinen, daß das eine Verlagerung, daß das eine ungünstige Veränderung sei, und daß das eine unterschiedliche Wertung des einzelnen Mitgliedes in seiner Einflußnahme auf die Geschicke der Partei bedeuten würde. Wir sind der Meinung, daß es richtiger und zweckmäßiger sei, bei der bisherigen Ubung zu verbleiben und jedes Mitglied gleichmäßig zu bewerten - eine Schlüsselzahl zu errechnen, die sich zwangsläufig durch die abgeführten Pflichtbeiträge ergibt und somit jedem Gebiet gleiche Chancen gibt, entsprechend der vorhandenen Mitgliederzahl.

Der Antrag 6 des Kreisverbandes Düsseldorf sieht vor, daß in dem neuen Statut die Formulierungen wieder eingeführt oder beibehalten werden sollen, die seit einigen Jahrzehnten mitgeschleppt wurden, aber nach unserer Meinung - in Parteivorstand und Parteiausschuß hat es darüber keine Aussprache gegeben. -

Sollte die neue Fassung angenommen werden, denn es wäre und es ist eine schlechte ,Sache, wenn wir zu einem differenzierten Abstimmungsrecht kommen würden; selbstverständlich wird es so sein, daß die beteiligten Gremien nicht in
eigener Sache beschließen werden. Niemals wird ein Sozialdemokrat sich in eigener Sache Entlastung erteilen, sondern das ist Aufgabe des Gremiums, das ihn gewählt hat. Und ich glaube, wir sollten entsprechend diesen Überlegungen die neue Formulierung übernehmen.

Der Antrag 7 des Kreisverbandes Düsseldorf wird zur Annahme .empfohlen. Wir meinen, daß es sehr zweckmäßig sei, die Fristen der Einberufung des Parteitages wesentlich vorzuverlegen, um auch darüber hinaus die Fristen zur Einreichung der Anträge wesentlich vorzuverlegen, damit nicht, wie bisher, immer auf den letzten Tag die Drucksachen bei den Delegierten ankamen und eine Durchsprache und Durcharbeitung kaum noch möglich war. Wir möchten damit erreichen, daß die Diskussionen in weiteste Kreise getragen werden können, und ich glaube, wir sollten diesem Antrag zustimmen.

Der Antrag 8 wird zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wir - sind der Meinung, und haben uns auch bei der Schaffung des Statutes dahingehend Uberlegungen gemacht und sind zu der Meinung und zu der Auffassung gekommen, daß es nicht zweckmäßig ist, einen Katalog von Ausschlußgründen im Statut aufzuführen. Dadurch wird das Gegenteil von dem erreicht, was der Antragsteller erreichen wollte - jede Lücke in dem Katalog würde ein Ausweichen ermöglichen und es nicht mehr dem Parteischiedsgericht überlassen, zu beurteilen, ob ein ehrloses Verhalten vorliegt oder nicht. Wir möchten aber durch die Uberweisung an den Parteivorstand erreichen, daß bei der Schaffung des Kommentars zum Organisationsstatut diese Anregung des Landesverbandes Berlin als Beispiel berücksichtigt und mit eingearbeitet wird, um so doch noch zu erreichen, daß wenigstens auf diese Art und Weise einige Beispiele als richtungweisend übermittelt und in dem Kommentar festgehalten werden.

Antrag 1 und 2 empfehlen wir, dem Parteivorstand $z u$ überweisen und nicht hier durch Beschlußfassung Fakten zu schaffen, die sich nicht realisieren lassen. Wir möchten, daß wir bei der Beschlußfassung über Abgrenzungen der Bezirksorganisationen alle Punkte weitestgehend berücksichtigen, alle Dinge ermitteln und beachten, die zur neuen Abgrenzung von Bezirksgebieten erforderlich sind, um so zu einer guten sachlichen Arbeit kommen zu können. Damit ist nicht gesagt, daß eine Entscheidung etwa im Sinne der Antragsteller nicht herbeigeführt werden könne.

Den Antrag 3 des Bezirksparteitages Hamburg-Nordwest möchten wir in der Weise behandelt wissen, daß er als Material an den Parteivorstand überwiesen wird. Die Entwicklung unseres" Organisationsbetriebes, unseres Organisationslebens und auch die politische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß zahlreiche Mitglieder der bisherigen Ausschüsse durch Mandate, durch andere Funktionen in andere Arbeitsgebiete übergewechselt haben, und daß es zweckmäßiger sein wird, nach dem Parteitag eine neue Zusammensetzung all der Fach- und sonstigen Ausschüsse vorzunehmen, um so wieder für die Arbeit der Partei unter Berücksichtigung der neuen Situation auch den Kreis zusammenzurufen, der für die Partei die richtigen Dinge miterarbeiten kann.

Den Antrag 11 des Bezirks Berlin empfehlen wir anzunehmen. Es ist eine Unterstreichung der in der Praxis üblichen Handhabung. Es ist bisher in den Bezirken immer so gewesen, wie auch in den Ortsvereinen, daß, wenn Anträge auf Neuaufnahme gestelit wurden, im Kreis der Funktionäre des früheren Wohngebiets nachgefragt wurde, in welcher Richtung das neue Mitglied bisher politisch tätig war.

Den Antrag 12 des Bezirksvorstandes und -ausschusses Niederbayern-Oberpfalz empfehlen Parteivorstand und -ausschuß abzulehnen. Wir sind der Meinung, daß die bisherige kollegiale Zusammenarbeit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder die beste Gewähr dafür bietet, daß für die Arbeit innerhalb der Partei die besten Voraussetzungen geschaffen werden und auch somit dieser Punkt eigentlich als erledigt betrachtet werden sollte. Wir möchten nicht dazu kommen, daß einem einzelnen innerhalb der Partei eine Vorrangstellung eingeräumt wird und die kollegiale Arbeit, die ansonsten üblich ist, dadurch illusorisch gemacht wird und ein einzelner dadurch Befehlsgewalt bekommen könnte.

Damit möchte ich meinen kurzen erläuternden Bericht schließen und möchte den Parteitag nochmals bitten, das vorgelegte Statut anzunehmen, um so in dieser Zeit die uns zweckmäßig erscheinenden Bestimmungen als neues Organisationsstatut der Gesamtpartei zu überweisen, um somit das Instrument zu schaffen, das wir für die Lösung der anstehenden politischen Fragen brauchen, um in dem politischen Kampf, der vor uns steht, erfolgreich wirken zu können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann:- Ich danke dem Referenten und erteile jetzt dem Genossen Alfred Nau (Parteivorstand) das Wort zum Bericht über die Finanzen der Partei.

Die Entwicklung der Finanzen nach dem Düsseldorfer Parteitag ist stark beeinflußt durch die Massenerwerbslosigkeit, die im Februar dieses Jahres ihren vorläufigen Höchststand mit 2 Millionen erreichte. Davon sind vornehmlich die östlichen Bezirke im Bundesgebiet und Berlin betroffen. So sind in Schleswig-Holstein mehr als 26 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger arbeitslos.

Diese hohe Ziffer wird noch in einigen Gebieten Niedersachsens, so in Emden, Wilhelmshaven, Watenstedt-Salzgitter und im Regensburger Bezirk, dem Notstandsgebiet Bayerns, festgestellt.

Wir haben im vorliegenden Jahrbuch mehrere Beitragstabellen veröffentlicht, die anschaulich die Auswirkungen dieser Massennot auf die Parteifinanzen aufzeigen. Ich darf hier einfügen, daß mit diesem Jahrbuch nur die Sozialdemokratie als einzige Partei in aller Offentlichkeit Rechenschaft ablegt und offen über die Finanzgebarung berichtet.

Das zeigt nicht nur unsere Stärke, sondern beweist die politische und moralische Sauberkeit der Organisation.

Die Währungsreform erfolgte vor fast zwei Jahren. Die hinter uns liegenden 23 Monate bis zum Tag sind gekennzeichnet durch die angestrengtesten Bemühungen, die finanzielle Basis neu aufzubauen. Das ist uns nicht leicht gemacht worden. Der Beginn dieser Arbeiten fand fast leere Kassen vor, denn über Nacht rutschten die Kassenbestände von 20 Bezirksverbänden von $3^{1 / 2}$ Millionen Reichsmark auf $150000,-$ DM zusammen.

Erschwerend kam hinzu, daß

1. die im Herbst 1943 stattgefundenen Gemeindewahlen neue außergewöhnliche Ausgaben verursachten und
2. der größte Teil unserer Mitglieder nach der Geldreform wesentlich ärmer geworden war. Das zeigt sich deutlich durch die Veränderungen beim Beitragsmarkenumsatz.
Der Verkauf der Wertmarken zu 1,— DM im ersten Halbjahr 1948 betrug 67\% im Gesamtumsatz, um im zweiten Halbjahr 1949 um 12\% abzusinken.

Dafür stieg der Verkauf der 25-Pfennigmarke um $6^{1 / 2 \%} /{ }^{0}$ und der 50 -Pfennigmarke. um $7^{1 / 2} \%$.

Der Beitragsmarkenumsatz aller Ortsvereine erbrachte 1949 den Erlös von 6,6 Millionen Mark. Außerdem wurden eingenommen:

1. für Aufnahmegebühren 31000 ,- DM,
2. durch Verkauf der Wahlfondsmarken 360000 ,- DM und durch Sammlungen 400000 ,- DM, so daß die Gesamteinnahmen der Bezirksorganisationen 1949 die Summe von 7,4 Millionen Mark erreichte.
Auf der Ausgabenseite nehmen die Aufwendungen für die Bundestagswahl einen hervorragenden Platz ein. Die Wahlkosten der Ortsvereine und Bezirke beliefen sich auf rd. 1. Mill. Mark. Der Parteivorstand gab für Wahlmaterial den Betrag von $270000,-$ DM aus. Die Durchführung der Wahl zum Bundestag kostete der Partei somit $1^{1 / 4}$ Mill. DM.

Diese Summe mag angesichts der gewaltigen Aufwendungen der bürgerlichen Parteien klein erscheinen. Diese Parteien wurden durch Industrie und Wirtschaft. mit 5 bis 6 Mill. subventioniert. Wir haben den Wahlkampf aus der eigenen Kraft finanziert. Die Anstrengungen der Partei sind schon beachtlich, wenn wir daran ef, innern, daß neben dieser Summe von $1^{1 / 4}$ Mill, die ehrenvolle Arbeit von Tausen ,
den unserer Funktionäre und Wahlhelfer steht, die sich überhaupt nicht in Mark und Pfennig ausdrücken läßt.

Der Parteivorstand hat in der Berichtsperiode über die Wahlkosten hinaus außerordentlich hohe Beträge für die allgemeine zentrale Propaganda und für die Agitation in einer Reihe von Bezirken ausgegeben und verrechnet. Der Gesamtbetrag dieser letzteren Aufwendung beläuft sich auf $300000,-$ DM.

Es handelt sich dabei um Unterstützung solcher Gebiete, die einerseits durch die verhängnisvollen Folgeerscheinungen der Geldreform in einen besonderen finanziellen Notstand gerieten und andererseits infolge der Völkerwanderung verursacht durch die Aufteilung und Abtrennung großer Teile Deutschlands - mit Flüchtlingen überflutet wurden. Diese Hilfe war eine gebieterische Notwendigkeit, um die organisatorische und politische Arbeit in allen Teilen des Bundesgebietes und in Berlin durchführen zu können.

Wir sind der Auffassung, daß infolge der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Gebiete in der Bundesrepublik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, daß der Parteivorstand, ohne selbst in Schwierigkeiten zu kommen, solche Hilfe für gefährdete Bezirke geben kann. Hier gilt nicht das Wort, sondern nur die Aktion der solidarischen Haftung. Was nützt es uns, wenn wir neben einer Reihe best durchorganisierter Bezirke Gebiete haben, in denen mangels ausreichender Unterstützung die politische Arbeit zum Erliegen kommen kann.

Seien wir deshalb aufgeschlossen auch für diese Aufgabe. Wir sind groß und politisch bedeutsam als Partei geworden, weil wir eine geschlossene und gute Organisation aufbauten und über das Lokale und Provinzielle das Ganze zu sehen uns bemühten. Es gibt deshalb keine Sozialdemokratische Partei von Rosenheim und es gibt keine Sozialdemokratische Partei von Wesel; es gibt nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Zu Beginn des Jahres waren wir erstmalig in der Lage, unsere internationalen finanziellen Verpfichtungen zu erfüllen. Die Bereitschaft zur Zahlung dieser, Beträge ist seit Beginn unserer Mitgliedschaft zum Ausdruck gekommen und auch von COMISCO anerkannt worden. Erst durch die Auflockerungen der devisenrechtlichen Bestimmungen konnten $26000,-$ Mark transferiert werden.

Wir haben vor 1933 das Aufkommen dieser Beträge durch Verkauf von Sondermarken an die Mitglieder gesichert. Ich erinnere an die Matteoti-Marke. Wir haben für 1949 und 1950 von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und aus dem schmalen Anteil des Parteivorstandes aus dem Beitragsmarkenerlös diesen Betrag bezahlt. Wir wollen damit die Organisation und unsere Unterkassierer von einer weiteren Arbeit und Belastung verschonen.

Andererseits sollten die Ortsvereine und Bezirke sich daraus verpflichtet fühlen, schneller und besser die Beiträge abzuführen.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die Beiträge: Die Entwicklung der Beitragsleistung zeigt einen Gesundungsprozeß an, der als erfreulich zu bezeichnen ist. In den anderthalb Jahren nach der Währungsreform stieg die durchschnittliche Beitragsleistung von 70 auf uber $90 \%$. Die ersten Berichte, die über das I. Quartal 1950 bei uns vorliegen, bestätigen dieses Bild. Dieses Ergebnis ist auf die Arbeit der Unter- und Ortsvereinskassierer zurückzuführen, und wir dürfen in diesen Bemühungen nicht erlahmen, wenn wir den hohen Stand behalten wollen.

Ohne Zweifel zeigen sich auch hier Auswirkungen der Herner Beschlüsse. Unsere Erziehungsarbeit an Funktionären und Mitgliedern, pünktlich und regelmäßig zu kassieren und zu bezahlen, ist lohnenswert. Die seit Herne durchgeführten Mitgliedsbuchkontrollen zeigen gute Wirkungen.

So wurde uns von der am 14. Mai stattgefundenen Landeskonferenz NordrheinWestfalen berichtet, daß bei keinem Delegierten ein Beitragsrückstand festzustellen war. Diese Kontrollen helfen uns, die Beitragsehrlichkeit durchzusetzen und in steigendem Umfange den Düsseldorfer Beitragsbeschluß zu realisieren. Dabei hat sich noch eine interessante Tatsache ergeben.

Aus den Berichten einiger Bezirke geht hervor, daß nach Abschluß der Prüfung der Mitgliedsausweise festgestellt wurde, daß ein erheblicher Teil der arbeitslosen Mitglieder - unter ihnen insbesondere die aktiven Funktionäre - von der Möglichkeit, 50- bzw. 25-Pfennigmarken zu kleben, keinen Gebrauch machen und trotz monatelanger Erwerbslosigkeit den Beitrag von 1,- DM entrichten.

Ich komme damit zu den Anträgen, die sich mit den Beiträgen beschäftigen.
Zunächst zum Antrag 13 des Landesverbandes Berlin:
Wir glauben nicht, daß es zweckmäßig ist, eine weitere Unterteilung der Beitragsstaffel vorzunehmen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dagegen. So ist z. B. die DM 7,00-Marke nur in einem sehr geringen Umfange verkauft worden im Gegensatz zu dem relativ hohen Absatz der.übrigen Marken. Wir bitten deshalb, den Antrag abzulehnen.

Wir sind der Meinung, daß in einer Reihe von Bezirken durch geeignete Maßnahmen der Umsatz der höheren Wertmarken noch erheblich gesteigert werden kann. Wenn wir auch mit der bisherigen Durchführung des Düsseldorfer Beitragsbeschlusses nicht zufrieden sind, so ist doch das Ergebnis bemerkenswert.

Insgesamt sind 1949 für Beitragsmarken zwischen 2,-DM und 30,-DM rund 1040000 ,- DM eingenommen worden. Hätten wir keine progressive Beitragsstaffel, dann wären an Stelle der umgesetzten höheren Wertmarken lediglich Beitragsmarken zu 1,- DM verkauft worden. Das hätte für die Partei im vergangenen Jahr eine Einnahmeverringerung von 680000 ,- DM bedeutet.

Der Antrag 14 des Bezirksvorstandes Mittelrhein fordert die Einführung eines Kulturbeitrages. Wir halten Sonderbeiträge neben der progressiven Beitragsstaffel für nicht vertretbar. Ein solcher Kulturbeitrag würde die Werbung für die Beitragsstaffel außerordentlich erschweren und Unterkassierer und Mitglieder belasten. Dieselben Gründe, die für uns maßgebend waren, von der Einführung einer internationalen Marke Abstand zu nehmen, veranlassen uns, den Parteitag zu bitten, dem Aptrag nicht stattgeben zu wollen. Andererseits müssen wir jedoch die dringende Empfehlung aussprechen, daß die Bezirksorganisationen eine planmäßige Schulungs- und Bildungsarbeit entwickeln.

Der Parteivorstand wird von den Bezirken für das Winterhalbjahr ein Programm dieser Kulturarbeit anfordern und verlangen, daß diesen Notwendigkeiten entsprochen wird. Wir müssen in den Etats der verschiedenen Organisationskörperschaften Beträge aus den allgemeinen Einnahmen für diese Arbeit sicherstellen.

Der Antrag 15 des Stadtkreises Braunschweig beschäftigt sich mit dem neuen Statut und der vorgesehenen direkten Abrechnung. Die Braunschweiger Genossen wollen damit eine Regelung ablehnen, die sich nach 1945 bei mehr als ${ }^{2 / 3}$ aller Bezirke bewährt hat. Dabei ist zu bemerken, daß diese Bezirke auf Grund unserer Empfehlung und aus der eigenen Erkenntnis der Richtigkeit dieses Verfahrens freiwillig die direkte Abrechnung eingeführt haben. Es hat sich besonders nach der Währungsreform herausgestellt, daß alle Zwischeninstanzen, die bei der Abrechnung zwischen Ortsvereinen und Bezirk beteiligt sind, sich nur als verzögernde und saturierende Faktoren bemerkbar gemacht haben. Alle praktischen Erfahrungen in der Organisation sprechen gegen diesen Antrag. Wir bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag 16 wünscht die Besoldung von zwei Bezirkssekretären durch den Parteivorstand. Wir nehmen an, daß die Antragsteller dabei von der Vorstellung ausgehen, daß bei einer solchen Maßnahme gleichzeitig der Anteil des Parteivorstandes am Beitragsmarkenaufkommen erhöht werden muß. Auch in dieser Unterstellung sind wir nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen, da die Durchführung gegenwärtig infolge der damit verbundenen Vorfinanzierung von ca. rund 100000, - DM nicht möglich ist.

Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.
Im Antrag 17 wird der Parteivorstand beauftragt, für alle Funktionäre eine Unfallversicherung abzuschließen. Auch diesen Antrag bitten wir, dem Parteivorstand zu überweisen.

Der Antrag 18 beschäftigt sich mit der Rückgabe von Parteieigentum. Wir bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Die Rückerstattung ist nur ein Teilgebiet der Wiedergutmachung. Abgesehen von den Entschädigungsgesetzen der US-Zone regeln die bisherigen Gesetze der Mil.-Reg. lediglich die Rückgabe der heute noch feststellbaren 1933 beschlagnahmten Vermögenswerte. Diese Einschränkung ist außerordentlich einschneidend und bedeutet, daß nur ein Bruchteil der damals vorhandenen Parteivermögen zurückgegeben werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um die Inventare der früheren Sekretariate, sondern zum übergroßen Teil um die Einrichtungen der Druckereibetriebe, die in ganz erheblichem Umfange an die 1933 im Aufbau befindliche NS-Presse verschleudert wurden.

In der Arbeit der Zentrale nahmen die Bemühungen um die Rückführung des gestohlenen Parteiguts einen breiten Raum ein. Auf Grund dieser Anstrengungen konnten bisher eine Reihe von Grundstücken in folgenden Orten zurückgeholt werden:
I. AmerikanischeZone:

Augsburg, Bayreuth, Frankfurt, Heilbronn, Stuttgart und Bremerhaven.
II. Französische Zone:

Kaiserslautern, Koblenz und Trier. In Mainz wurde im Vergleichsverfahren anstatt des Grundstücks ein Betrag von 42000 ,- DM ausgezahlt.
III. BritischeZone:

Stade und Harburg.
Grundstückemitzum Teil kompl. Druckerei erhielten wir in Bremen, Karlsruhe, Mannheim, Hof und Singen.

Die bisherigen Erfolge sind keineswegs zufriedenstellend. Die angeordnete Verfahrensart ist außerordentlich umständlich und zeitraubend.

Jede Zone hat ihr eigenes Rückerstattungsrecht. Unsere besondere Kritik gilt den Maßnahmen in der britischen Zone. Obwohl eine Kontrollratsdirektive im April 1947 den damaligen Zonenbefehlshabern die Möglichkeit der Rückgabe des Organisationsvermögens gab, verzögerte die britische Mil.-Reg. die ersten Rückerstattungsbestimmungen bis zum Frühjahr 1949 . Diese Bestimmungen und das später veröffentlichte Gesetz 59 schaffen durch ein Nebeneinander Unklarheiten und führen dazu, die Verfahren zu verschleppen. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sein müssen, sind enorm. Das überaus langsame Tempo der Behörden wirkt sabotierend. Da gibt es z. B. in Nenndorf ein Anmeldeamt. Oft verstrichen viele Monate zwischen Anmeldung und Weitergabe an die Wiedergutmachungsämter.

Einzelne Wiedergutmachungsämter bezweifeln aus rein formaljuristischen Uberlegungen das Rückerstattungsrecht der Partei.

Grotesk ist, daß einzelne Gerichte den Nachweis darüber verlangen, daß die SPD vermögensmäßig identisch ist mit der Partei von vor 1933. In einem Fall mußte darüber ein Kabinettsbeschluß einer Landesregierung gefaßt werden. Und wie lebensnah einzelne Richter heute sind, beweist in einem anderen Fall die erstaunte Frage über den Richtertisch, weshalb die SPD ihre Rückerstattungsansprüche nicht auch in der Ostzone durchsetzt.

Das mag kurios und grotesk sein, gefährlicher aber ist eine Angelegenheit, auf die ich jetzt zu sprechen komme.

In der täglichen Arbeit spielt das Problem des sogenannten Wertausgleichs eine beträchtliche Rolle. Der Grundgedanke des Gesetzes ist, zu verhindern, daß durch die Rückerstattung eine Bereicherung stattindet. Eine solche Bereicherung ist bei der Partei eine Unmöglichkeit. 1933 waren ca. 200 eingerichtete Betriebe mit einem Reinvermögen von über 100 Mill. Mark vorhanden.

Durch Ausraubung, Verschiebung und Ausbombung sind so viel Druckereien und andere Liegenschaften zerstört, daß wir bestenfalls zehn Betriebe mit hö̈ch-,
stens 12 bis 15 Mill. Wert zurückbekommen. Trotzdem verlangt man von uns Wertausgleichszahlungen in den Fällen, wo an einem Einzelbetrieb, z. B. einer Druckerei, während der Nazizeit eine Wertsteigerung eingetreten ist.

Eine solche Belastung der wenigen - heute noch vorhandenen -- Druckereien würde zum Ruin der Unternehmungen führen und damit das Werk der Nazis vollenden.

Wir können uns des bestimmten Verdachtes nicht erwehren, daß bei einigen deutschen Stellen Elemente am Werk sind, die ein Interesse daran haben, auf kaltem Wege die Rückgabe unseres Eigentums zu verhindern.

Wir sehen uns deshalb gezwungen, vor dem Forum des Parteitages diese Kreise zu warnen und appellieren gleichzeitig an die britische Regierung, alle Hemmnisse auszuräumen, damit endlich 5 Jahre nach Kriegsschluß gestohlenes Eigentum wieder Besitz der Partei wird.

Vorsitzender Meitmann:
Ich danke dem Genossen Nau für sein Referat. Es folgt Genosse Heine.
Fritz Heine (Parteivorstand): Um die Zeit des Parteitags nicht mit Einzelberichten in Anspruch zu nehmen, möchte ich auf die Seiten 90 bis 110 des Jahrbuches verweisen, die den Bericht über die Referate Presse und Propaganda enthalten.

Ich kann mich auch kurz fassen bezüglich der Stellungnahme des PV und PA zu den Anträgen, die zu Punkt 2 c der Tagesordnung vorliegen. Wir schlagen dem Parteitag vor, diese Anträge anzunehmen. Wir halten die darin gegebenen Anregungen für geeignet und werden uns bemühen, sie im Sinne der Antragsteller durchzuführen.

Was die Presse im allgemeinen betrifft, so müssen wir feststellen, daß es in den letzten zwanzig Jahren kaum einen anderen Wirtschaftszweig gegeben hat, der solchen Schwankungen ausgesetzt war wie die Presse in Deutschland. Verglichen mit dem Auf und Ab im Zeitungswesen ist die Fieberkurve eines Schwerkranken ein schnurgerader Strich.

An der heutigen Presse wird viel Kritik geübt. Wir glauben, mit Recht, wenn wir auch nicht jeden Kritiker für berufen halten. Aber man muß auch sehen, unter wilchen Bedingungen die Zeitungen gearbeitet haben und zum Teil noch arbeiten. Wir denken dabei gar nicht an die technischen und materiellen Schwierigkeiten, die auch für viele andere Wirtschaftsbereiche bestehen.

Aber welche andere Gruppe von Betrieben hatte in so kurzer Zeit eine Monopolentwicklung, die 96 Prozent aller Betriebe verschlang? Wo sonst noch ist in einem ganzen`Berufszweig zweimal kurz hintereinander fast das gesamte leitende Personal ausgebootet worden, ohne daß genügend qualifizierte Nachfolge bestand?

An diesen Hintergrund muß man denken, wenn man die heutige Presse kritisch betrachtet. Unter diesen Umständen ist es fast ein Wunder, was zeitungstechnisch seit 1945 zu verzeichnen ist.

Hinzu kommt ja noch ein anderes Moment: Das deutsche Zeitungswesen befindet sich noch immer in einem Strukturwandel, der im Ausland bereits vor 20-30 Jahren abgeschlossen ist. Wenn manchmal draußen abfällige Bemerkungen über die deutschen Zeitungen gemacht werden, dann kann man nur sagen, daß es für die Auslandszeitungen offensichtlich nicht leicht ist zu beurteilen, was es hieß und heißt, in Deutschland Zeitungen zu machen.

Die Schwierigkeiten zu kennen heißt noch nicht, einverstanden zu sein mit dem heutigen Zustand der Presse. Der politische Mensch, der Demokrat und gar der Sozialist kann oft nur tiefe Besorgnis empfinden, wenn er die Zeitungen betrachtet.

Wir Sozialdemokraten glauben, besonderen Grund zur Unzufriedenheit zu haben. Die Mehrzahl der ihre Unabhängigkeit proklamierenden Zeitungen hat sich in Wirklichkeit zu Organen der Adenauer-Regierung entwickelt. Und manche von ihnen schenker einem entlaufenen Hund mehr Beachtung als den Argumenten der Opposition.

Wir vermissen bei vielen dieser Blätter den Willen oder die Fähigkeit, sich kritisch mit den Zuständen in Deutschland auseinanderzusetzen. Wir bedauern noch außerordentlich, daß das Blatt einer Besatzungsmacht häufig und recht einseitig die Welt
mit einer CDU-Brille betrachtet hat.

Aber es is nicht nur eine parteipolitische Besorgnis, die wir haben. Wir glauben, daß der Beitrag, den die Presse zur Demokratisierung leistet, ungenügend ist. Bei der Bedeutung, die wir der Presse beimessen, wünschten wir, daß sie sich gerade dieser Aufgabe mit mehr Sorgfalt und mehrerfolg annähme.

Wir glauben nicht, daß z. B. die Parlamentsberichterstattung an Umfang und Objektivität auch nur annähernd ihrer Bedeutung gemäß behandelt wird.

Mit giftigen Bemerkungen über Abgeordnetendiäten wird man genau so wenig der Parlamentsberichterstattung gerecht wie mit Eva-Braun-Memoiren den Notwendigkeiten der Geschichtsschreibung.

Es ist wahr, daß mangelndes Interesse vieler Leser an der Politik eine wesentliche Ursache für die geringe Berichterstattung ist. Aber, ergibt sich da nicht gerade die Aufgabe der Presse, dem Leser die Politik ins rechte Licht zu rücken, sie so darzubieten, daß sie das Interesse findet, das ihr nun einmal zukommt.

Als eine direkte Gefahrfür die Demokratie betrachten wir jedoch jene. Druckerzeugnisse, die eigentlich nur dem Rohstoff nach in die Kategorie der Presse gehören. Wenn die deutsche Publizistik und die deatsche Offentlichkeit diesen Organen gegentiber nicht bald mit einem Proze 3 der $S$ elbstreinigung beginnen, dann ist das Ende der freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung durchaus nicht so weit entfernt, wie es einigen Rosa-Brillenträgern erscheint.

Diese Presseerzeugnisse bemühen sich heute noch um eine gewisse Tarnung, die zur Parodie wird, wenn sich ausgerechnet eine kommunistische Zeitung „Die Wahrheit" nennt und eine neofaschistische "Der Fortschritt".

Wenn wir von diesem bemerkenswerten Fortschritt sprechen, mit dem ein Teil, ein zunächst noch kleiner Teil, der deutschen Presse von der Demokratie fortschreitet, dann können wir aüch nicht die Rolle übersehen, die gewisse Industrielle bei der Finanzierung derartiger Unternehmen spielen.

Wir sind in Deutschland mit einem nicht geringen Häuflein Industrieller gesegnet, die ihre Gewinne nicht wie in anderen Ländern den brothungrigen Malern und Bildhauern, sondern den machthungrigen Diktatoren und Demagogen zuwenden.

Diese direkte und indirekte Subventionierung erstreckt sich auch auf Teile der CDU-Presse. Gar nicht so weit von hier hat erst kürzlich ein sehr bekannter Großindustrieller, der auf den Massenabsatz seiner Produkte vor allem in Arbeiterkreisen angewiesen ist, den (vergeblichen) Versuch gemacht, durch hohe Vorauszahlungen für später zu veröffentlichende Anzeigen ein bekanntes CDU-Blatt über Wasser zu halten, - nachdem bereits eine große Wohlfahrtsorganisation in Verkennung ihrer Aufgabe ein immerhin sechsstelliges Almosen gegeben hatte.

Das ist auch eine Methode, die "Unabhängigkeit" der Presse zu sichern. Man macht sich unabhängig von der Notwendigkeit, die Wahrheit zu sagen.

Darf ich nun auf denzahlenmäßigen Stand des Zeitungswesens in Deutschland eingehen.

Während wir vor Jahresfrist im jetzigen Bundesgebiet einschließlich Westberlin 150 lizenzierte Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 14 Millionen hatten, gibt es heute über 500 Zeitungen und einschließlich der Kopfblätter sogar rund 1100 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 11 Millionen.

Auch in diesem Absinken der Gesamtauflage drücken sich die Segnungen der sogenannten freien Marktwirtschaft aus, die es den Arbeitslosen, Rentnern und Vertriebenen nicht mehr erlauben, sich die tägliche Zeitung zu halten und die auch noch von dieser mehr oder minder kargen politischen Unterrichtung ausgeschlossen sind. Auf dem Herrn Bundeskanzler und seiner Politik ruht die Verantwortung und die Schuld, wenn ein Teil dieser Millionenmasse mangels sachlicher politischer Unterrichtung irgendwelchen extremistischen Siegheil-Derwischen zutreibt.

Als im vorigen Jahr die sogenannten Heimatzeitungen und Generalanzeiger das Startzeichen bekamen, nahmen sie und viele andere an, daß die Tage der Lizenzzeitungen in der US-Zone und der parteinahen Presse in der britischen Zone gezählt seien.

Wir können heute nach fast einem Jahr eine Bilanz ziehen. Von der Gesamtauflage von 11 Millionen Exemplaren haben die heute noch bestehenden 128 Lizenz- bzw. parteinahen Zeitungen mit ihren Kopfblättern rund 9 Millionen, und die inzwischen gegründeten 383 Heimatzeitungen und Generalanzeiger, ebenfalls mit ihren Kopfblättern, 2 Millionen Auflage. Die Durchschnittsauflage dieser neuen Zeitungen beträgt nur 2000 Exemplare und nur etwa ein Dutzend von ihnen haben mehr als 20000 Auflage.

Der bedeutsame Nachteil, der durch die planlose sogenannte Liberalisierung entstanden ist und für den die Besatzungsmächte die Verantwortung tragen, ist, daß infolge der sinnlos überhöhten Konkurrenz nun die Mehrzahl der Zeitungen erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben - was wiederum wieder recht entscheidend auf ihren Willen und ihre Fähigkeit drückt, sich aktiver in der politischen Willensbildung im Sinne der Demokratisierung zu betätigen.

Das erfolgreiche Sichbehaupten der parteinahen Zeitungen gegenüber einer kapitalkräftigen und Produktionsstätten besitzenden Generalanzeiger- und Heimatpresse ist vor allem auf die Stabilität fast aller der Zeitungen zurückzuführen, die der SPD nahestehen, - obwohl wir im vorigen Herbst, wie fast alle Zeitungen, erhebliche Verluste hatten.

In der $Z \operatorname{ahlder}$ Zeitungen nehmen wir einen verhältnismäBig kleinen Platz ein. Von den über 500 Zeitungen rechnen sich nur 23 zu uns. Wesentlich günstiger verhält es sich jedoch, wenn wir die Auflage zugrunde legen. Während vor 1933 nur etwa jedes 25 . Zeitungsexemplar sozialdemokratisch war, so ist heute jedes 6. Blatt, das die Rotationsmaschine verläßt, aus einem unserer 23 Verlage.

Aber der gegenwärtige Auflagenstand der sozialdemokratischen Zeitungen entspricht bei weitem nicht dem, was möglich ware. Wir müssen hier feststellen, daß nicht wenige Mitglieder der Partei noch nicht zu den Lesern unserer Zeitungen gehören.

Und wir machen immer wieder die Feststellung, daß dort, wo in der Partei die Kritik an diesen Blättern am stärksten ist, die Unterstützung dieser Zeitungen durch Abonnenten und Werbung häufig am geringsten ist, d. h., daß man die wesentlichste Voraussetzung für eine Abstellung des Kritikwürdigen nicht schafft, nämlich die Leserbasis.zu verbreitern.

Eine erfolgreiche Entwicklung hat der „Neue Vorwärts", das Zentralorgan der Partei, genommen, das zum Düsseldorfer Parteitag zum erstenmal erschien.

Während das damals gleichzeitig startende CDU-Zentralblatt inzwischen eingegangen ist, hat der "NV" seine Auflage wesentlich steigern und bei besonderen Anlässen sechsstellige Auflagenziffern erreichen können. Aber auch hier sind wir noth entfernt von dem Ziel, daß jeder Politiker, jeder sozialdemokratische Ortsverein und möglichst auch jeder aktive sozialdemokratische Funktionär Leser des Zentralorganes ist. Dazu beizutragen, möchten wir jedem Verantwortlichen zur Pflicht machen.

In der Propagandasteht die Partei in einem Mehrfrontenkampf, bei dem wir die besseren Argumente und die anderen die größeren Mittel haben. Wir haben freilich eine gewisse Propagandahilfe in der unsozialen Politik dieser Regierung, die uns leider täglich neue Beweise für die Richtigkeit unserer Be hauptungen liefert.

Bei der Propaganda der gegnerischen Parteien stellen wir fest, daß sie seit der Währungsreform in stetig steigendem Maße von Kräften mitfinanziert oder finanziert wird, die außerhalb jeglicher demokratischen Kontrolle stehen und die sich auf diesem Wege politische Macht in Deutschland kaufen wollen.

Wir haben bereits während des Bundestagswahlkampfes Beweise dafür erhalten, daß CDU/CSU und FDP in der Form von Wahlfondsmillionen ihren Anteil an den Erfolgen der Erhardschen Freibeuter-Markt-Wirtschaft einkassierten. In unserem Besitz befindet sich jetzt eine Sammlung von 24 Dokumenten, die den Nachweis für . diese Propagandahilfe seitens der "Wirtschaft" erbringen.

Daraus ergibt sich $u$. a. auch, daß die angeblich so notleidende Ruhrkohlenindustrie nicht nur der anti-marxistischen sogenannten moralischen Aufrüstungsbewegung Riesenwerte als Geschenke ins Ausland gesandt hat, sondern daß dieser Ruhrbergbau allein zur Bundestagswahl einen Betrag von rund 700000 ,- DM für die Agitation der heutigen Regierungsparteien gestiftet hat - ein Akt der Nächstenliebe, der bei den Lohnverhandlungen nicht immer im gleichen Maße sichtbar wurde.

Während solchermaßen ein großer Teil der deutschen Industrie die Rechte, einschließlich der äußersten Rechten subventioniert, damit sie den Kampf gegen das demokratische Bollwerk, das die Sozialdemokratie darstellt, besser führen können, haben auf der anderen Seite die ostzonalen Machthaber ihre erste große Propagandaoffensive gestartet. Diese Propaganda erfolgt nicht nur mit Flugblättern, Broschüren und Plakaten, die regelmäßig in Hunderten von Zentnern und in Zehntausenden von Briefsendungen nach hier gesandt oder geschmuggelt werden.

Sie versuchen jetzt auch mit Kinderverschickung, mit Lehrstellen, Konferenzen, Delegationen und sonstigen russischen Versionen von "Kraft durch Freude" die schwachen Stellen - und die Schwächlinge in Westdeutschland für den Prozeß der Aufweichung und Zermürbung ausfindig zu machen.

Die übliche Diktaturmischung von Angst und Propaganda wird in dieser Phase des kalten Krieges in immer stärkeren Dosen verabreicht. Wir müssen in der kommenden Zeit mit einer Hochflut von Propaganda rechnen, die selbst die Anstrengungen des Dr. Goebbels in den Schatten stellen dürften.

Es gibt Menschen, selbst bei uns, die diese Propagandakampagne angesichts des immer offener zutage tretenden Zerfalles der KP nicht ernst nehmen und die auf Einladungen und Unterschriftensammlung hereinfallen. Wir können nicht nachdrücklich genug davor warnen. Der PV hat sich entschieden gegen die Beteiligung von Sozialdemokraten an derartigen Aktionen gewandt. Wir sind überzeugt, daß der Parteitag diesen PV-Beschluß billigt und bekräftigt. Wir können die lebensgefährliche Arbeit unserer illegal in der Ostzone tätigen Genossen dadurch nicht fördern, daß wir Gast oder Gast geber jener Leute sind, die unsere Ostzonenkämpfer verfolgen und verschleppen. Das sollte schon das einfachste Gefühl der Solidarität und der Sauberkeit verbieten.

Es ist zweifellos richtig, daß die KP in Westdeutschland keine politische oder organisatorische Kraft mehr darstellt. Wenn sich ihr Mitgliederstand z. B. in Nord-rhein-Westfalen von 140000 auf 52000 vermindert hat, wobei auch dieser Rest zum großen Teil nur noch aus nichtzahlenden Karteimitgliedern besteht, dann sagt das genug.

Aber die größere Gefahr der kommunistischen Propaganda liegt heute gar nicht mehr bei der KP, sondern bei den gleichschaltungssüchtigen Geschäftsleuten, die der Rote Handel lockt und die wie eh und je Geschäftgrob und Gesinnung ganzklein schreiben.

Noch ein Wort über eine besondere Abart der gegnerischen Propaganda. Früher war es in Deutschland üblich (und in den demokratisch regierten Ländern der Welt ist es auch heute noch üblich), daß sich die Regierungsspitzen wenigstens in ihren öffentlichen Reden eine gewisse Reserve auferlegten und mehr die Nation als die Partei zu vertreten suchten. Der Herr Bundeskanzler hat damit gebrochen und sich und seine Ministerkollegen zu einer Art Propagandakompanie umgeschult. Ich will in diesem Zusammenhang nicht auf die rauschenden Erfolge eingehen, die sie sich dabei auf dem außenpolitischen Glatteis geholt haben.

Wir sind der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler und seine Minister ihre amtliche Stellung in einer Weise für ihre parteipolitische Propaganda benutzen, die uns.
unvereinbar zu sein scheint mit Aufgabe und Würde des Amtes, das ihnen leider zugefallen ist. Insbesondere erheben wir Protest gegen die Versuche Dr. Adenauers, seine Position als Bundeskanzler zu gebrauchen, um ihm mißliebige Publizisten und Rundfunkleute aus einer Tätigkeit auszuschalten, in die hineinzureden nicht zu den Rechten seines Amtes gehört.

Uber die Aufgaben und Aktivitäten unserer eigenen Propaganda haben wir ausführlich im Jahrbuch berichtet. Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre haben in den Wahlkämpfen und der Werbearbeit des hinter uns liegenden Abschnitts außerordentliche und aufopfernde Arbeit geleistet. Alfred Nau hat ihnen bereits in unser aller Namen den Dank ausgesprochen.

Ich möchte mit einer abschließenden Bemerkung die für die kämpferische Sozialdemokratie logische Schlußfolgerung aus dem Tatsachenbericht der beiden Vorredner ziehen. Wir haben in diesem Jahr die besondere Aufgabe, finanziell und organisatorisch einen neuen Aufstieg der Partei nicht nur vorzubereiten, sondern auch durchzuführen.

Im November vorigen Jahres haben PV und PA in Herne beschlossen, Vorbereitungen für eine zentrale Werbeaktion einzuleiten. Diese Vorbereitungen sind von uns im Entwurf abgeschlossen, vom PV gebilligt und in einer ersten Konferenz mit den Bezirkssekretären im einzelnen durchberaten worden.

Wir haben vereinbart, daß in der Zeit vom 15. August bis 15. September in allen Bezirken Ortsvereinskonferenzen stattfinden, um auch auf der lokalen Ebene Voraussetzungen zu schaffen, daß die für die Monate Oktober und November vorgesehene Aktion zu einem vollen Erfolg wird.

Das soll selbstverständlich nicht heißen, daß wir nicht auch jetzt jede geeignete Gelegenheit benutzen sollen, um Anhänger und Mitglieder zu gewinnen.

Aber wir appellieren von dieser Stelle, am ersten Tage dieser für die Partei so bedeutsamen Konferenz, an jeden einzelnen Sozialdemokraten, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen.

Wem es ernst ist mit den Zielen der Sozialdemokratie, dem muß es auch ernst sein mit der Aufgabe, in seinem Umkreis Frauen und Männer zu Mitstreitern, zu aktiven Verfechtern dieser Ideen zu gewinnen.

Morgen und an den folgenden Tagen geht es um die großen Fragen, die uns alle bewegen, geht es um Außen- und Innenpolitik, um Wirtschaft und Kultur, geht es um den Einfluß, den wir auf ihre Gestaltung nehmen können. Sie sind das wirklich Wesentliche, und diese Bemerkungen hier kaum mehr als ein Vorpostengeplänkel.

Aber, bitte, Genossinnen und Genossen, bleiben wir immer eingedenk der Tatsache, daß es nicht gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Einfluß ist, der unsere Stärke ausmacht, sondern daß es die Ideen sind und die Zahlderfrauen und Männer, die zu diesen Ideen stehen. (Beifall!)

Vorsitzender Meitmann: Ich danke dem Genossen Heine.
Ich habe die Bitte an die Delegierten, die noch nicht ihre Mandatskarte und Delegationskarte abgegeben haben, das sofort zu tun, damit die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit zu Ende führen kann.

Zum zweiten bitte ich, den statistischen Ermittlungsbogen auszufüllen, weil wir noch während der Tagung die Angaben auswerten wollen.

Dann liegt die Zustimmung des Parteitages für ein Telegramm vor, das wir an den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, an den Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum, und an den Betriebsrat der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen/Rotthausen richten wollen.

Ich verlese das Telegramm:
„Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mit großer Bestürzung an dem schweren Bergwerksunglück auf Zeche Dahlbusch Anteil genommen. Der Parteitag spricht den betroffenen Familien das herzlichste Beileid aus und sendet den Verletzten die herzlichsten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung.
Präsidium des Parteitages:
Parteivorstand der SPD:
Adolf Schönfelder, Karl Meitmann
Dr. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer."
Ich darf annehmen, daß der Parteitag diesem Telegramm seine Zustimmung gibt. (Zustimmung.)

Jetzt hat als Berichterstatter die Genossin Herta Gotthelf das Wort,
Herta Gotthelf: (Parteivorstand): Ich möchte, da unsere Zeit etwas zu kurz ist, nur den schriftlich vorliegenden Bericht ergänzen und einige Punkte besonders herausheben. Auch ich muß meinen Bericht mit der bedauernswerten Feststellung anfangen, daß wir bei den Frauen nicht nur einen zahlenmäßigen Rückgang, sondern auch einen Rückgang des prozentualen Anteils der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft zu beklagen haben.

Bei der letzten Abrechnung vor der Währungsreform hatten wir 19,12 Prozent Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft. Heute sind es leider nur 18,8 Prozent.

Genossinnen und Genossen! Ihr wißt alle, welchen Grund das hat. Die Menschen, die heute aus der Partei ausgeschieden sind, haben es ja zum größten Teil nicht getan, weil sie mit unseren politischen Zielen nicht einverstanden sind, sondern einfach, weil sie finanziell selbst diesen geringen Beitrag nicht zahlen können. Denn wir sind ja die Partei der arbeitenden Menschen und die Partei - das muß man heute sagen - der armen Menschen.

Gerade bei den Frauen ist dies der Fall. Ihr wißt ja, wie es ist. Wenn zwei oder drei Beiträge in der Familie nicht getragen werden können, ist es ja immer die Mutter, die auf ihren Beitrag verzichtet. Ich habe erschütternde Berichte von Genossinnen, die mir mitteilen, wir sollen doch nicht etwa denken, daß sie sich nicht zugehörig fühlen, selbst wenn sie nicht mehr in unseren Statistiken erscheinen. Trotzdem haben wir festzustellen, daß bei der letzten Abrechnung ein Bezirk schon wieder bei den Frauen eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat. Das ist unser bester Frauenbezirk: westliches Westfalen. Auch dort gibt es Orte mit Flüchtlingen. Auch dort herrscht Arbeitslosigkeit. Es wird hier also nùr demonstriert, daß, wenn man einmal diese Lähmung überwindet und an die Arbeit geht, doch einiges zu tun ist.

Es , wäre allerhand über die Notwendigkeiten und die Methoden zu sagen, gerade in der Frauenbewegung neue Wege zu gehen. Ich möchte mich aber hier darauf beschränken, zu sagen: Neben der Schulung und neben der Werbung betrachten wir Frauen es als unsere Aufgabe in der Partei, was eine Genossin einmal damit bezeichnete, das Haus der Partei wohnlich zu machen. Wir wollen den Menschen nicht nur eine politische Heimat geben, wir wollen ihnen auch das Gefühl menschlicher Zusammengehörigkeit in unseren Reihen geben.

In den Berichtsjahren 1948 und 1949 hatten wir in zwölf Länderparlamenten 65 weibliche Abgeordnete. Wir hatten zwei Genossinnen im Parlamentarischen Rat, die Genossin Frieda Nadig und die Genossin Elisabeth Selbert, deren Name ja heute ein Begriff geworden ist in der deutschen Politik durch ihren Kampf um den Artikel 3 des Grundgesetzes.

Zu den Bundestagswahlen haben wir 54 Kandidatinnen aufgestellt. Davon sind sechs in den Wahlkreisen gewählt worden, sechs auf der Landesliste, und unsere Louise Schröder gehört zur Berliner Delegation. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders betonen: Die Befürchtungen mancher Genossen, daß eine Frau nicht in der Lage ist, einen Wahlkreis zu holen, haben sich nicht verwirklicht. Im Gegenteil, wir haben z. B. festgestellt, daß unsere Genossin Clara Döhring sogar unseren Bundespräsidenten Theodor Heuss in seinem eigenen Wahlkreis geschlagen hat.
(Bravorufe, Beifall.) Auf die Frauen, die wir heute im Bundesparlament haben, können wir durchweg stolz sein, und es ist besonders erfreulich und nachahmenswert, wenn wir feststellen, daß es in unserer Bundestagsfraktion überhaupt keine Frage gibt, ob Mann oder Frau. Wer die Arbeit leisten kann, wird an den Platz gestellt, wo die Arbeit geleistet werden muß. Anni Krahnstöver ist Mitglied unseres Fraktionsvorstandes und außerdem Vorsitzende des Kontrollausschusses für Soforthilfe.

Ich möchte hier noch etwas sagen. Unsere Frauen arbeiten selbstverständlich auf allen Gebieten, die sich im Bundestag ergeben, mit. Louise Albertz ist Vorsitzende des großen Petitionsausschusses und Martha Schanzenbach ist 2. Vorsitzende des Ausschusses für Jugendfürsorge.

Auch im Plenum haben unsere Frauen gut abgeschnitten, und jeder, der es selbst mit angehört hat, wird bestätigen können, daß zwei der besten Reden, die im Bundestag gehalten worden sind, von zwei unserer Genossinnen gehalten wurden, nämlich von der Genossin Emmy Meyer-Laule bei der Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe und von Käte Strobel zur Frage der Brotpreiserhöhung.

Ich könnte noch Dutzende mehr Namen erwähnen. Wir haben ja' viel mehr Frauen, die man herausstellen kann, als das nach außen hin in Erscheinung tritt. Wir sollten nicht so bescheiden sein und sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern sollten viel mehr trommeln mit dem, was wir haben und sollten auch viel mehr an die Offentlichkeit gehen.

Der Genosse Erich Ollenhauer wird im Bericht der Bundestagsfraktion zeigen, daß unsere Fraktion die einzige Fraktion ist, die es wirklich ernst mit ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nimmt. Ich will hier nur eines erwähnen: unser Kampf um die Gleichberechtigung der Beamtinnen, in der unsere Genossin Lisa Albrecht und der Genosse Menzel unsere Sache oder vielmehr die Sache für die arbeitenden Frauen im Plenum vertreten haben.

Wir ihr wißt, haben wir seit über zwei Jahren im Parteivorstand einen Ausschuß für Frauenfragen. Wir haben in diesem Ausschuß für Frauenfragen zu allen wesentlichen Fragen Stellung genommen. Ich möchte nur zwei besonders von dieser Stelle hier noch einmal erwähnen. Erstens: es besteht ein Beschluß des Ausschusses für Frauenfragen, der vom Parteivorstand bestätigt worden ist, daß die Mitgliedschaft im Demokratischen Frauenbund und die Anwesenheit auf Konferenzen des Demokratischen Frauenbundes oder ähnlicher Organisationen nicht vertretbar ist mit der Mitgliedschaft in der Partei. Ich bitte, das auch insbesondere noch einigen Genossen zu sagen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es selbst da Leute gibt, die gern überall einmal reden möchten, und sei es auch nur beim Demokratischen Frauenbund. Der Demokratische Frauenbund hat mit Demokratie nichts zu tun. Er ist einfach eine kommunistische, sowjetrussische Angelegenheit, um die Frauen, die man durch den Kommunismus nicht anziehen kann, mit dem Plakat der Demokratie an sich zu ziehen. Genau so wie die Nationalsozialisten das Wort Sozialismus mißbraucht haben für ihre Zwecke, mißbrauchen heute die Kommunisten das Wort Demokratie für ihre Zwecke.

Der zweite Punkt, den ich hier besonders unterstreichen möchte, ist unser Protest, den wir nach den Bundestagswahlen an die Kardinäle Frings und Faulhaber vom Ausschuß für Frauenfragen gegen den Mißbrauch der Kanzel bei den Wahien herausgegeben haben. Genossen, das ist eines der traurigsten Kapitel unserer Nachkriegspolitik in Deutschland, wie hier das Christentum im Interesse einer reaktionären und rückschrittlichen Partei mißbraucht und geschändet wird. Ich jedenfalls weiß nichts davon, daß es in der Bibel ein elftes Gebot gibt, das sagt: Du sollst CDU wählen! (Beifall.) Wir haben neben unserer Frauenkonferenz und den Sitzungen des Frauenausschusses eine Reihe von Frauenarbeitstagungen gehabt, über die ich auch bitte, im Bericht selbst nachzulesen. Ich möchte nur noch kurz nachholen, daß wir Anfang Mai eine Frauenarbeitstagung in Düsseldorf hatten, wo wir besonders zur Frage des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit, der Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen Stellung nahmen. Dabel bitte ich Sie ein-
mal, die Vorlàge Nr. 5 vorzunehmen. Da ist nämlich ein kleines Unglück passiert. Die beiden Anträge 58 und 59, die sich mit der Frage der gleichen Löhne und der Frage der Entlassung von Frauen befassen, sollen nicht unter Punkt 2 b) behandelt werden, sondern unter Punkt 6), dem Referat des Genossen Veit. Wir sind der Meinung, daß das Fragen sind, die ganz wesentlich zu tun haben mit einer Neuplanung unserer Wirtschaft, mit der Frage der Vollbeschäftigung. Ich bitte Sie also, das auf Ihrer Vorlage abzuändern.

Genossen, ich habe fast von jeder Frauenkonferenz bisher immer noch eine Anfrage bekommen: Wann bekommen wir endlich wieder unsere illustrierte Frauenzeitschrift?

Wir sind fest davon überzeugt, daß wir diese Frauenzeitschrift brauchen. Leider ist es bisher noch nicht möglich gewesen, - aber nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil es vorläufig noch nicht ging. Aber wir sind genau so wie ihr von der Vordringlichkeit der Schaffung einer illustrierten Hausfrauenzeitschrift überzeugt, die auf leichtverständliche Art unsere Ideen an die Massen zu bringen sucht. Unsere "Gleichheit" ist ausgebaut worden, und wir können mit Stolz sagen: sie ist die einzige politische Frauenzeitschrift, die es heute in Deutschland gibt. AuBerdem gibt das Frauenbüro regelmäßig Pressenotizen heraus und Merkblätter für Frauengruppen.

Und, Genossen aus den Bezirken, ich möchte euch dringend darum bitten, ich habe immer wieder festgestellt, daß große Frauengruppen noch nie etwas von der "Gleichheit" oder von den Merkblättern gehört haben. (Zurufe: Sehr richtig!)
' Das ist einfach nicht gut genug, und wir müssen versuchen, das wenige Material, das wir haben - und es ist recht wenig -, wenigstens an den letzten Mann und an die letzte Frau zu bringen.

Unsere internationale Zusammenarbeit konnte auch während der letzten beiden Berichtsjahre ausgebaut werden. Wir sind in ständigem Kontakt mit den sozialistischen Frauenorganisationen von 16 europäischen und überseeischen Ländern. Wir geben ein englisches Rundschreiben heraus, in regelmäßigen Abständen, und wir sind ganz stolz darauf, daß das wirklich Beachtung findet und in vielen überseeischen und europäischen sozialistischen und Gewerkschaftszeitungen nachgedruckt wird.

Genossen, wenn wir rückschauen auf die geleistete Arbeit, so müssen wir auf der einen Seite feststellen, daß noch viel zu tun ist. Auf der anderen Seite aber können wir doch sagen, daß unsere Arbeit intensiver geworden ist. Die Aufgaben unserer Frauenarbeit werden immer umfassender. Dazu brauchen wir eine starke Organisation, und wir brauchen eure Hilfe, Genossen. Wir wollen, Männer und Frauen gemeinsam, diese Organisation aufbauen.

Im allgemeinen können wir doch sagen, daß von unseren Genossen die Wichtigkeit der Frauenarbeit erkannt worden ist. Aber von dieser Konferenz hier wollen wir mit nach Hause nehmen - auch denen, die es noch nicht wissen, zu sagen, daß die Frauenarbeit eine wichtige politische Aufgabe und Arbeit ist.

Ich erinnere an die Herner Beschlüsse, die besagen: Verpflichtung aller Organisationsgliederungen ist die Durchführung der Frauenarbeit als einer wichtigen politischen Aufgabe.

Genossen, wir haben es mit Absicht so gefaßt. Für uns ist die Frauenarbeit keine Sonderaktion. Für uns ist die Frauenarbeit Teil der politischen Arbeit, und zwar ein wichtiger Teil.

Wir Frauen innerhalb der SPD sind keine Frauenrechtlerinnen. Wir wissen, daß der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nur eine Seite des Kampfes um eine neue Gesellschaftsform ist. Wir wollen diesen Kampf nicht gegen unsere Genossen, sondern mit unseren Genossen führen.

Im 20. Jahrhundert ist die Stellung der Frau in der Gesellschaft grundlegend geändert. Die SPD ist die cinzige Partei, die daraus politische Konsequenzen gezogen hat. Die anderen leben entweder im Mittelalter oder als Neuestes so ungefähr im 18. Jahrhundert.

Unsere Partei hat diese politischen Konsequenzen nicht gezogen aus Gründen der Wahlpropaganda, sondern aus der Uberzeugung, daß die Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft die Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder ist. Ohne politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen und der Arbeiterschaft insgesamt ist kein Sozialismus möglich.

Aber, und das möchte ich den deutschen Frauen von dieser Plattform aus hier zurufen: Ohne Sozialismus ist auch keine Gleichberechtigung der Frau möglich! (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich erteile jetzt dem Genossen Adolf Schönfelder das Wort zum Bericht der Kontrollkommission.

Adolf Schönfelder, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Auch ich kann wie die Genossin Herta Gotthelf mit einer Feststellung beginnen, aber nicht mit einer bedauerlichen, sondern mit einer freudigen, und zwar mit der Festsiellung, daß seit dem letzten Parteitag bei der Kontrollkommission Beschwerden über den Parteivorstand oder andere Organe der Partei nicht eingegangen sind. (Beifall.) Die Kontrollkommission hat in regelmäßigen Abständen sich vom Parteivorstand berichten lassen über die geschäftlichen, finanziellen und organisatorischen Verhältnisse in der Partei. Sie hat sie gründlich mit dem Parteivorstand besprochen, sie hat die Kassen revidiert und hat, wie dies die Unterschriften im Jahrbuch bestätigen, festgestellt, daß Bücher und Kassen in Ordnung sind. Ich kann deshalb in aller Form beantragen, im Namen der Kontrollkommission dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Ich darf noch ein paar kurze Bemerkungen anschließen und möchte mit Nachdruck einige Ausführungen des Genossen Nau seitens der Kontrollkommission unterstützen. Es handelt sich um die finanzielle Lage unserer Partei. Der Genosse Nau hat nicht gerade über schlechte finanzielle Verhältnisse gejammert, das würde auch dem Bilde, wenn wir uns mit anderen Organisationen vergleichen, nicht entsprechen. Aber die Finanzen der Partei sind mit der Organisation die Grundlage unseres Strebens, neben den Idealen, die wir zu verfechten haben. Aber sie sind doch das Kraftzentrum, aus dem wir schöpfen müssen, wenn wir den Kampf für unsere Ziele führen wollen. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß bei allen Aufgaben, die uns gestellt sind, es eigentlich nötig wäre, eine Besserung der Finanzen durch Beitragserhöhung zu erreichen. Aber ich möchte zum Ausdruck bringen, daß auch ich der Meinung bin, daß eine finanzielle Besserung unserer Finanzen möglich wäre durch eine Besserung unserer Kassierung. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß nicht durch Fluktuation oder durch andere Verhältnisse uns Mitglieder verloren gehen. Das ist das wichtigste, was wir zu tun haben.

Dann möchte ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf eine sorgfältigere Kassierung der höheren Beiträge. Die Staffelbeiträge sind Pflichtbeiträge. Ich weiß, daß es einigermaßen schwierig ist, bei Genossen, die im freien Beruf leben, die reine Privatpersönlichkeiten sind, die höheren Beiträge durchzusetzen. Wir werden das mit großer Sorgfalt übernehmen und durchführen müssen. Aber wir werden doch mit Nachdruck fordern müssen, daß alle Genossen, die durch die Partei in besser besoldete Stellungen gekommen sind, in erster Linie ihre Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.) Die Genossen haben berichtet, daß es in dieser Beziehung schon besser geworden ist, aber ich glaube, es muß noch besser werden, und das kann nur dem Wohle der Partei dienen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Berichterstatter der Kontrollkommission. Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Ich mache aufmerksam auf die Ziffern 6 und 7 der Geschäftsordnung. Ich bitte, schriftliche Anträge heraufzureichen. Als erste Rednerin hat das Wort die Genossin Jeannette Wolff. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten. Dann folgt der Genosse Gerlach aus Göttingen.

Jeannette Wolff, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich habe einiges zu den Ausführungen des' Gen. Heine zu sagen, nicht, weil ich diese Ausführunger angreifen, sondern unterstreichen möchte. Da der Genosse Heine von kommunisti-
handlủng geschlossen. Jetzt bitte ich die Mandatsprüfungskommission; sioh in das Nebenhaus, Gewerkschaftshaus 59, 1. Stock, Sitzungszimmer des Ortsausschusses, zu begeben. Die Mandatsprüfungskommission hat die Absicht, das Zählgeschäft zu beschleunigen, um nach Möglichkeit heute noch das Ergebnis dem Parteitag mitteilen zu können. Damit wäre das Wahlgeschäft erledigt. Wir kommen nunmehr zurn Ab schluß des Tagesordnungspunktes Nr. 2. Die Beratung war bereits geschlossen. Es fehlen nur noch die Schlußworte, und dann kommen wir zur Abstimmung über die gestellten Anträge. Zunächst hat das Wort der Genosse Nau.

AlfredNau (Parteivorstand): Genossinnen und Genossen! Ich habe nicht die Absicht, ein Schlußwort zu halten, da nach unserer Meinung in Anbetracht des Verlaufs der Diskussion sich ein Schlußwort erübrigt. Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung zum umstrittenen Kulturbeitrag machen. Der Genosse Müller aus Köln hat sich in der Debatte noch einmal für die Annahme des Antrages eingesetzt. Er hat dabei einige grundsätzliche Ausführungen über die Bedeutung der Kulturarbeit gemacht. Ich möchite dazu erklären, daß es zwischen uns und den Kölner Freunden über die Bedeutung der Kulturarbeit keinerlei Meinungsverschiedenheit gibt. Lediglich in der Frage der Finanzierungsmöglichkeit trennen sich die Auffassungen. Inzwischen haben wir aber mit unseren Kölner Freunden Rücksprache genommen, und ich glaube, dabei eine Einigung erzielt. Unsere Kölner, die Antragssteller, sind einverstanden, wenn wir den Antrag Nr. 14 dem Parteivorstand überweisen. Wir haben von uns aus zugesagt, daß auf der nächsten Arbeitskonferenz der Bezirkssekretäre, die nach unseren Plänen bereits im Juli in Oberbayern stattfindet, das Problem der Kulturarbeit und ihrer möglichen Finanzierung als Tagesordnungspunkt eingehend behandelt wird. Ich bitte deshalb den Parteitag, entsprechend diesem Wunsch zu verfahren und den Antrag 14 dem Parteivorstand zu überweisen. (Bravo.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat jetzt Egon Franke. .
Egon Franke (Parteivorstand): Genossinnen und Genossen! Auch ich werde versuchen, mich recht kurz zu fassen. Ich habe nicht die Absicht, in einem längeren Schlußwort etwa all die Punkte, die hier in der Aussprache angeschnitten worden sind, noch einmal Revue passieren zu lassen, sondern ich möchte mich auf einige Ausführungen beschränken, die auf das Statut Bezug nehmen. Wir möchten dem Vorschlag, der weitgehendst auch im Kreis der Delegierten diskutiert wurde, entgegenkommen und empfehlen, den Antrag 67 , anzunehmen. Er bringt zum Ausdruck, daß die neue Fassung des $\S 32$ beim nächsten Parteitag, noch nicht angewandt werden soll, sondern daß notwendig erscheinende Satzungsänderungen noch mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können. Wir möchiten somit der Vorlage 4 doch erst einmal innerhalb der Partei eine gewisse Bewährungsmöglichkeit geben. So wurde es auch von einigen Diskussionsrednern gewünscht. Wir möchten, daß innerhalb der Organisation über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der einzelnen Bestimmungen diskutiert werden kann, um dann beim nächsten Parteitag entsprechende Entscheidungen treffen zu können. Ich glaube, damit sollte dieser Punkt erledigt sein, und ich möchte meine Ausführungen damit schließen. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Auch die Schlußworte sind erledigt. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zum Punkt 2 der Tagesordnung. Ich bitte, jetzt die Vorlage zur Hand zu nehmen. Ich werde die Anträge einzeln aufrufen.

Antrag Nr. 1. Hier wird empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Uberweisungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 2. Dafür wird derselbe Vorschlag gemacht. Wer damit einverstanden ist, den Antrag Nr. 2 dem Parteivorstand zu überweisen, den bitte ich die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 3. Auch dieser Antrag soll dem Parteivcrstand überwiesen werden. Der Parteivorstand hat erklärt, daß er nach der Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes sich auch mit der erneuten Zusammensetzung der Fachausschüsse be-
schäftigen wird. Es wird also vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. - Das ist beschlossen.

Wir müssen uns nunmehr schlüssig werden, was mit den Anträgen zu den Satzungen geschehen soll. Die Anträge 4, 5 und 6 gehören dazu. Ich möchte bitten, sie bis zur Statutenberatung zurückzustellen. Dasselbe gilt für die Anträge 7 und 8. Es wird nachher zu entscheiden sein, daß wir mit der Annahme des Antrages Nr. 67 auch diese Anträge, die allerdings rechtzeitig eingebracht worden sind, für erledigt erklären. Ich werde die Anträge nachher aufrufen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 9, der zur Annahme empfohlen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 10. Auch dieser Antrag wird zur Annahme empfohlen. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 11. Wer zustimmen will, den bitte ich die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 12 ist zurückgezogen. Es ist Eier mit einem Fragezeichen versehen, ob auch Antrag Nr. 13 zurückgezogen wird. (Rufe: Ja!) Also auch Antrag Nr. 13 ist zurückgezogen. Dann braucht er nicht abgelehnt zu werden. (Heiterkeit.)

Antrag Nr. 14 wird zur Ablehnung empfohlen. (Widerspruch.) Ich habe hier noch die alten Akten. Ich bin sicher, daß der Meinungswechsel im Parteivorstand schnell vor sich geht. Es wird also empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Zuruf: Hoffentlich ist das nicht dasselbe!) Doch, der Parteivorstand paßt auf. Wer Antrag Nr. 14 dem Parteivorstand überweisen will, den bitte ich, die Hand zu heben. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 15 gehört zu den Satzungen. Darauf kommen wir noch zurück.
Zu Antrag Nr. 16 wird empfohlen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Genossen, Ihr dürft nicht müde werden. Wir müssen korrekt feststellen, wie der Parteivorstand beschließt. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn Ihr nicht bestimmt, dann bleibt dem Parteivorstand nichts anderes übrig. Er wird also auch darüber beschließen müssen, weil jetzt beschlossen wird; den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Jetzt Antrag Nr. 17. Auch hier wird empfohlen, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu heben. - Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 18. Es wird empfohlen, den Antrag anzunehmen. Wer den Antrag Nr. 18 annehmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 19. Wer den Antrag Nr. 19, wie vorgeschlagen, annehmen will, den bitte ich, die Hand zu heben. - Das ist beschlossen.

Auch der Antrag Nr. 20 wird zur Annahme empfohlen. Auch das ist beschlossen.
Antrag Nr. 21 wird auch zur Annahme empfohlen. Auch das ist beschlossen.
Genossinnen und Genossen! Das wären die Anträge, die zu Punkt 2 der Tagesordnung gestellt sind, bis auf die Anträge, die sich mit den Satzungen beschäftigen. Wir werden deshalb jetzt zur Beratung der Satzungen kommen.
(Zuruf: Antrag 58 und 59.)
Das habe ich gestern schon mitgeteilt, die sollen bei Punkt 6 der Tagesordnung erledigt werden. Das haben Sie sicher schon in Ihrem Notizbuch. Das sind die Frauenanträge, die gehören zur Wirtschaft. - Dann möchte ich bitten, die Satzungen zur Hand zu nehmen.

Dann kommen wir zur Frage der Anträge, die rechtzeitig gestellt sind und die bei der Beratung und Beschlußfassung der Anträge zu Punkt 2 der Tagesordnung gestellt sind.

Der Parteitag muß jetzt beschließen, ob er mit der Annahme des Antrages 67 auch die Anträge, die vorher beim Parteivorstand eingegangen sind, also rechtzeitig gestellt sind und über die die Parteigenossen schon Úberlegungen haben anstellen können, ob diese Anträge auch mit der Annahme des Antrages 67 erledigt sein sollen.

Zuruf: Jawohl.

Vorsitzender Schönfelder: Ja, das sagen die Berliner, aber das müssen alle sagen. Es sind die Anträge 4, 5, 6, 7, 8, 15 .

Zuruf: 62, 63, 64.
Vorsitzender Schönfelder: Ja, die habe ich als selbstverständlich dazu gerechnet. Ich werde zunächst über die Anträge abstimmen lassen; die ich aufgerufen habe. Wer der Meinung ist, daß diese Anträge im Falle der Annahme des Antrages 67 ihre Erledigung gefunden haben, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Dann kommen wir zu 67 und dann wird sich entscheiden, was aus der Sache werden soll. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages 67, den der Genosse Franke eben empfohlen hat. Wer dem Antrag 67 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Damit, nehme ich an, sind auch die in dem Nachtrag zu den Satzungen gestellen Anträge erledigt. Das ist die Meinung des Parteitages.
(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Annahme des Antrages 67, mit der wir grundsätzlich einverstanden sind, heißt aber nicht, daß wir uns bei einer grundsätzlichen Änderung unseres Statuts doch unterhalten müßten. Und dazu zähle ich auch den Antrag 7, daß der Parteitag nicht acht Wochen, sondern drei Monate vorher einberufen werden muß. Ich glaube, daß wir diesen Antrag unter allen Umständen bereits in diesem vorläufigen Statut aufnehmen sollen.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich mache den Vorschlag, daß wir auch diese Zweifel aus der Welt schaffen, wenn Sie hier Antrag Nr. 7 beschließen. (Zuruf: Er ist schon beschlossen!) Nein. Er ist zurückgestellt bis zur Beratung der Satzungen. Er ist nicht beschlossen. Wir haben vorhin beschlossen, daß mit dem Antrag 67 auch diese Anträge erledigt sein sollen. Das gehört zu den Satzungen. Also, machen Sie nicht einen ollen Mann wild. Aber wenn Sie das wollen, Genossen, und das verstehe ich, dann können wir den Antrag 7 annehmen. Dann haben wir auch diese Meinungsverschiedenheit aus der Welt geschafft. Wer also dem Antrag 7 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen. Ist noch ein Zweifel über die Einzelanträge, die noch nicht ihre Erledigung gefunden haben? (Kein Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über das Gesamtstatut nach den bisher gefaßten Beschlüssen abstimmen.

Wer unter diesen Voraussetzungen, wie sie in Nr. 67 beschlossen sind, dem Statut, wie es hier vorliegt, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Wir zählen sechs Stimmen dagegen. Ich nehme an, Enthaltungen sind bei diesem Punkt nicht, oder doch? Feststellung ist nicht gewünscht. Also ist das Statut, wie es vorliegt, gegen sechs Stimmen angenommen worden. Ich hoffe, daß sich das Statut in den zwei Jahren, für das ihm diese Frist gegeben worden ist, so bewährt, daß sich die Berliner das nächstemal nicht die Mühe zu machen brauchen, wieder diese schönen Anträge zu stellen. Aber dann möchte ich bitten, diese Anträge nicht erst auf dem Parteitag zu stellen, sondern rechtzeitig vorher. Dann wäre dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich mache jetzt den Vorschlag, daß wir nummehr in die Beratung des Punktes 8 „Sonstige Anträge" eintreten. Wird das Wort hierzu gewünscht? - Es liegt ein Monitum der Geschäftsführung vor. Es wird mir von den Berliner Kollegen gesagt, es sei ein Irrtum von mir, daß die Anträge nicht rechtzeitig eingebracht worden sind. Wir haben sie aber erst auf diesem Parteitag kennengelernt. Aber unser Genosse beruft sich darauf, daß er sie schon in Düsseldorf eingebracht hat. Ich würde doch der Meinung sein, daß Anträge nach Erledigung des Parteitages erledigt sind und beim nächsten Parteitag wieder erneut einzubringen sind. Das ist eine alte Geschichte, über die wir uns nicht streiten wollen.

Wir haben jetzt noch unter den Anträgen. die wir eben erledigt haben, noch einen Antrag Nr. 64, der nicht mit erledigt ist und der nicht zu den Satzungen des Statuts gehört. Ich habe ihn unter "Sonstige Anträge" eingereiht. Er kommt von

